

Holm, 19.11.2018

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN HOLM

Kommunaler Strom aus regionaler regenerativer Energieerzeugung

-Umweltausschuss Holm-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hüttner,

sehr geehrte Frau Kaland,

wir bitten darum, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Umweltausschusses Holm zu nehmen und im Ausschuss zu behandeln:

Antrag:

1. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zur Versorgung des Holmer Energiebedarfs (Gemeinde) mit regional erzeugten erneuerbaren Energien zu untersuchen:
 - a. Ermittlung des jährlichen Strombedarfs
 - a. Status Stromversorgung heute
 - i. Strom Gebäude etc.: EMB (EON-Tochter)
 - ii. Strom Laternen: EON
 - b. Prüfung von Stromsparpotentialen
 - c. Prüfung lokaler / regionaler Eigenproduktion
 - a. Solarenergie zur Eigenversorgung
 - i. Einsatz von Solarenergie auf Dächern von Gebäuden der Holmer Gemeinde
 - ii. Prüfung des Einsatzes von Speichertechnologie
 - b. Beteiligung an Windenergieprojekten („Bürgerwindpark“) zur Eigenversorgung
 - c. Prüfung von Fördermöglichkeiten zur Umsetzung von Projekten zur regenerativen Energieerzeugung
 - d. Angebotsvergleich von regionalen Anbietern, die regenerativ gewonnene Energie ebenfalls in der Region (Land S.-H.) erzeugen und vermarkten
 - e. Vergabe eines Stromliefervertrages
 - a. Status Stromversorgung heute
 - i. Strom Gebäude etc.: EMB (EON-Tochter)
 - ii. Strom Laternen: EON
 - b. Prüfung von Stromsparpotentialen
 - c. Prüfung lokaler / regionaler Eigenproduktion
 - a. Solarenergie zur Eigenversorgung
 - i. Einsatz von Solarenergie auf Dächern von Gebäuden der Holmer Gemeinde
 - ii. Prüfung des Einsatzes von Speichertechnologie
 - b. Beteiligung an Windenergieprojekten („Bürgerwindpark“) zur Eigenversorgung
 - c. Prüfung von Fördermöglichkeiten zur Umsetzung von Projekten zur regenerativen Energieerzeugung
 - d. Angebotsvergleich von regionalen Anbietern, die regenerativ gewonnene Energie ebenfalls in der Region (Land S.-H.) erzeugen und vermarkten
 - e. Vergabe eines Stromliefervertrages
2. Wir beantragen die für die Umsetzung der o.a. Punkte erforderlichen Mittel in den Haushalt 2019 einzustellen, damit die Umsetzung frühestmöglich beginnen kann!

Hintergrund:

Zur Erreichung der klimapolitischen Ziele gemäß Pariser Vertrag von 2015 ist eine erhebliche Absenkung der aktuellen CO₂-Emissionen notwendig.

Ein maßgeblicher Verursacher von CO₂-Emissionen ist die Erzeugung von Energie zur Verwendung in Haushalten und Kommunen. Hier gilt es, auf allen Ebenen eine Reduzierung eben dieser Emissionen zu erlangen.

Ein Weg zur Erreichung dieses Ziels ist es, die Energieerzeugung auf regenerative Energiequellen (Sonne, Wind, Wasser) umzustellen.

Der aktuelle Vertragspartner der Gemeinde Holm stellt zwar offensichtlich Strom aus „100% Wasserenergie“ zur Verfügung. Diese wird aber nicht regional erzeugt sondern in „Nordeuropa“. Das bedeutet, dass die Wertschöpfung nicht auf unsere Region entfällt, wirtschaftlich profitieren Andere.

Eis wesentliches Merkmal der (deutschen) Energiewende ist der Faktor Dezentralität. Das bedeutet, die Energie wird i.d.R. regional erzeugt. Dies beinhaltet zwei hauptsächliche Vorteile:

- regionale Wertschöpfung und
- keine hohen Aufwendungen, den Strom vom Produktionsort nach Holm zu bringen.

Daher sollte die Regionalität der Energieerzeugung ein Kriterium für den Bezug der Energie für den Bedarf der Gemeinde Holm (nicht der privaten Haushalte oder Gewerbe) und darüber hinaus im Zuständigkeitsbereich des Amtes Geest und Marsch sein.

Neben den o.a. klimapolitischen Auswirkungen setzt die Gemeinde Holm damit ein Zeichen gegen den Klimawandel. Weiterhin werden Holmer BürgerInnen ermuntert auf privater Ebene ähnliche Maßnahmen umzusetzen. Ggf. kann eine gemeinschaftliche Herangehensweise zu Synergieeffekten und damit sogar positiven Auswirkungen beim Strompreis führen.

Mit Dank und freundlichen Grüßen,

Bernd Lottmann
Fraktionsvorsitzender
Umweltausschuss

Ludger Poppenborg
Mitglied Umweltausschuss

Jan Koinecke
Mitglied

Holm, 19.11.2018

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN HOLM

Nutzung einer internetbasierten Informationsplattform für den Klimaschutz -Umweltausschuss Holm-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hüttner,
sehr geehrte Frau Kaland,

wir bitten darum, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Umweltausschusses Holm zu nehmen und im Ausschuss zu behandeln:

Antrag:

Die Fraktion Die Grünen beantragt die Freigabe der Kosten für die Nutzung einer internetbasierten Informationsplattform (z.B. „Klima-Navi, SH-Netz) über aktuelle Klima- und Umweltdaten bezogen auf die Gemeinde Holm. Die Kosten belaufen sich auf **ca. 1.000,00 €** pro Jahr der Nutzung.

Erläuterung:

In der beantragten Plattform werden (tages-)aktuelle CO₂-Emissionswerte der Haushalte und Gebäude in der Gemeinde Holm (privat, gewerblich, kommunal) erfasst und dargestellt. Die Datengrundlage der dargestellten Werte basiert in dem Fall der stationären leitungsgebundenen Energie (Strom, Wärme) auf realen gemessenen Verbrauchswerten. Mit diesen Werten lässt sich die IST-Situation ableiten und darstellen. Anhand der auf diese Weise realistisch ermittelten IST-Werte kann ein Maßnahmen-Katalog erarbeitet werden, der das Ziel, die CO₂-Emissionen in Holm zu senken, verfolgt. Aktuell liegen die entsprechenden CO₂-Emissionen in Holm bei ca. 7 Tonnen pro Jahr. Um das gemäß Klimavertrag von Paris gesteckte Ziel, die Erderwärmung nicht über 2 °C ansteigen zu lassen, zu erreichen, ist eine durchschnittliche pro Kopf Emission von 2,5 Tonnen pro Jahr die Obergrenze. Aktuelle Werte (global, Deutschland) deuten darauf hin, dass das Ziel 2 °C verfehlt wird und wir bei über 3 °C landen werden. Es gilt daher, zeitnah Maßnahmen umzusetzen, die die CO₂-Emissionen pro Kopf deutlich senken. Diese Maßnahmen betreffen auch die Gemeinde Holm in ihrer Gesamtheit. Mit den Erkenntnissen aus der Informationsplattform können diese Maßnahmen nicht nur leichter identifiziert werden, es besteht zusätzlich die Möglichkeit, die Wirksamkeit dieser Maßnahmen praktisch live zu kontrollieren und ggf. anzupassen.

Die Informationsplattform bietet somit die Möglichkeit, von der Standortbestimmung (Ist-Situation) über die Definition & Umsetzung eines Maßnahmenkataloges die Wirksamkeit und damit den erzielten Erfolg zu kontrollieren.

Die Grünen werden u.a. folgende Maßnahmen in den Entscheidungsprozess einbringen und die Machbarkeiten prüfen:

- Errichtung von Photovoltaikanlagen auf gemeindlichen Dächern
- Einsatz von Speicherlösungen zur erweiterten Nutzung von eigenerzeugten regenerativen Energien (hier: Solarstrom)
- Solarthermieanlagen in gemeindlichen Gebäuden, speziell in Gebäuden mit erhöhtem Warmwasserbedarf (Duscheinrichtungen in Turnhalle, Fußball- und Tennishaus etc.)
- Energetische (Bau-)Maßnahmen an und in gemeindlichen Gebäuden, z.B. Dämmung, Wärmepumpen



-
- Perspektivische Umstellung des gemeindlichen Fuhrparks auf CO2-freie Antriebstechnologien

Um eine optimale Wirkung der Einzelmaßnahmen zu erzielen, muss ein auf die Holmer Situation zugeschnittenes Gesamtpaket erarbeitet werden. Dieses Gesamtpaket ist zentraler Bestandteil eines darüber hinaus zu erstellenden Klimaschutzkonzeptes (wird in einem separaten Antrag behandelt). Die informationelle Grundlage (=Datenbasis) für dieses Klimaschutzkonzept wird ebenfalls durch die hier beantragte Informationsplattform zur Verfügung gestellt.

Wir beantrage die Aufnahme der weiter oben skizzierten jährlichen Kosten in den Haushalt ab 2019.

Mit Dank und freundlichen Grüßen,

Bernd Lottmann
Fraktionsvorsitzender
Umweltausschuss

Ludger Poppenborg
Mitglied Umweltausschuss

Jan Koinecke
Mitglied

Holm, 19.11.2018

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN HOLM

Erhöhung der Anzahl der Sitzungen des Umweltausschusses pro Jahr

-Umweltausschuss Holm-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hüttner,

sehr geehrte Frau Kaland,

wir bitten darum, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Umweltausschusses Holm zu nehmen und im Ausschuss zu behandeln:

Antrag:

Die Fraktion Die Grünen beantragen die Erhöhung der Sitzungen des Umweltausschusses pro Jahr von derzeit Zwei auf mindestens Drei.

Erläuterung:

Zu Erreichung der klimapolitischen Ziele in Deutschland ist die Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen auch auf kommunaler Ebene zwingend geboten. Die Evaluierung und Umsetzung dieser Maßnahmen (einzeln und gesamtheitlich) erzeugt einen zeitlich hohen Informations- und Abstimmungsaufwand. Bei den aktuellen Abständen, in denen die notwendigen Themen im Umweltausschuss als initiierendes Organ diskutiert und vorangetrieben werden können, droht ein erheblicher Zeitverlust. Eine Möglichkeit, dieses Risiko zu minimieren, ist die Erhöhung der Sitzungshäufigkeit.

Mit Dank und freundlichen Grüßen,

Bernd Lottmann

Fraktionsvorsitzender
Umweltausschuss

Ludger Poppenborg

Mitglied Umweltausschuss

Jan Koinecke

Mitglied